

DEGROWTH AUS DER PERSPEKTIVE DER FEMINISTISCHEN ÖKONOMIE

Im Zentrum des Degrowth-Diskurses steht die ökologische Wachstumskritik, die mit der Überwindung des Wachstumsparadigmas auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen abzielt. In jüngster Zeit werden innerhalb der wachstumskritischen Bewegung Stimmen lauter, die einerseits auf die Bedeutung feministischer Wirtschafts- und Wachstumskritik als Grundlage der Degrowth-Bewegung verweisen und andererseits betonen, dass es kein zukunftsfähiges Wirtschaften ohne feministische Perspektive geben kann. Im ersten Teil des vorliegenden Beitrags beschäftigen wir uns mit dem Verhältnis von feministischen Theoretikerinnen und Aktivistinnen und der Degrowth-Bewegung und machen auf ihre feministischen Mütter aufmerksam. Im zweiten Teil des Beitrags zeigen wir auf, welche Fragen aus Perspektiven aktueller feministischer Wirtschaftskritik im Zentrum einer realistischen, gerechten und sozial nachhaltigen, zukunftsgerichteten Wirtschaftspolitik diskutiert werden müssten.

DEGROWTH UND FEMINISMUS

Die Degrowth-Debatte ist kein einheitlicher Diskurs – genauso wie es verschiedene feministische Perspektiven gibt, gibt es diverse Degrowth-Ansätze. In seinem Versuch, das Spektrum von Degrowth zu ordnen und strukturieren, identifiziert beispielsweise Matthias Schmelzer (2014) fünf Stränge, darunter auch einen feministischen (siehe Abb. 1).

Abbildung 1: Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung nach Matthias Schmelzer

	Konservativ	Sozialreformerisch	Suffizienzorientiert	Kapitalismuskritisch	Feministisch
Diagnose	Wachstum kommt an natürliche und soziale Grenzen. Weltweit: Weltweit: Staat über ihre Verhältnisse leben-	Auf BIP-Wachstum fixierte Politik führt in die ökologische Krise	Jugliches Wachstum vernutzt Ressourcen: Energie, Wasser, Land und BIP ist unendlich, Überkonsum im Norden geht zu Lasten des globalen Südens	Kapitalistisches Wachstum verursacht Energie-, Wasser-, Land- und BIP-Krisen (Brand) im Norden geht zu Lasten des globalen Südens (Klimaschuld)	Wachstumsökonomie führt zu Arbeitslosigkeit, Veralterung, Substanz (Hausarbeit, globaler Süden, Natur) und gefährdet die Reproduktion
Wachstumstreiber	Konsum, Sozialstaatenausgaben, Verschuldung, Gier, Dekadenz	Alle wachstumsabhängigen Wirtschaftsbereiche, Institutionen und Strukturen	Konsum; Fixierung auf Fremdversorgung, Zins	Das kapitalistische System, seine Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, Privatisierungen	Die kapitalistische Akkumulation, die Trennung zwischen Produktion und unbezahlter, entwerteter, zumeist weiblicher Reproduktion
Notwendige Schritte	Wertewandel und Verzicht, Entlastung der Sozialsysteme	Loslösung der bestehenden Strukturen (Steuere etc.) vom Wachstum, nachhaltiger Liberalismus	Suffizienz und Konsumverzicht, weniger Fremdversorgung, mehr lokalisierte (Selbst-) Versorgung	Commons, solidarische Ökonomie, Klima-gerechtigkeit, demokratische Elemente in Wirtschaft und Staat	Eritkommunzialisierung, Verknüpfung von lokaler, nicht-hierarchischer, lokaler Strukturen
Instrumente	Abbau des Sozialstaates, mehr »Eigenverantwortung«, Spenden statt Umverteilen, Stärkung von Familie und patriarchaler Arbeitsteilung	Ökosteuer, Suffizienzpolitik, solidarische Bürgerversicherung, nachhaltiger Konsum, Entwicklung alternativer Wohlstandsindikatoren	Ausbau von Substanz- und Regionalwirtschaft, Umverteilung der Arbeitszeit, Geld- und Bodenreform	Modellprojekte, Wirtschaftsdemokratie und Investitionslenkung, Arbeitszeitverkürzung, Grund- und Maximalerinkommen, staatliche Regulierungen	Wiederaneignung der Allmende, Förderung von kleinbäuerlicher Landwirtschaft, lokaler Ökonomie und nicht-monetärer Subsistenz
Ziel	Unvermeidliche Schrumpfung	A-growth, Befreiung vom Wachstumsdogma	Degrowth	Degrowth	Mit Degrowth vereinbar, gerechtere
Akteure des Wandels	Konsument und Politikerinnen	Politiker und Zivilgesellschaft	Prosumentinnen, alternative Wirtschaftsprjekte wie Transition Towns, Gemeinschaftsgärten etc.	Soziale Bewegungen, Klimacamps, Gewerkschaften, Projekte alternativen Wirtschaftens	Soziale Bewegungen gegen Privatisierung und für Commons; kleinbäuerliche Subsistenzbetriebe
Initiatorinnen	Meinhard Miegel, Kurt Biedenkopf, Denkwerk Zukunft	Angelika Zahnt, Irmi Seidl Umweltverbände, Teile der EKD	Niko Paech, VOÖ, Netzwerk Wachstumsverweide	Atlas, Social Innovation, Initiative Ökosozialismus	Bielefelder Schule
Zum Weiterlesen	<ul style="list-style-type: none"> Meinhard Miegel, Exit: Wohlstand ohne Wachstum, Berlin (Lis) 2010 www.denkwerkzukunft.de 	<ul style="list-style-type: none"> Irmi Seidl, Angelika Zahnt, Postwachstumsgesellschaft, Marburg (Metropolis) 2010 Uwe Scheidewind, Angelika Zahnt, Damit gutes Leben einfacher wird, München (oekom) 2013 www.postwachstum.de 	<ul style="list-style-type: none"> Niko Paech, Befreiung vom Überflüss, München (oekom) 2012 www.postwachstumsoekonomie.or 	<ul style="list-style-type: none"> Werner Rätz u.a., Ausgewachsen, Hamburg (VSA) 2010 Matthias Schmelzer, Alexis Passadakis, Postwachstum, Hamburg (VSA) 2010 www.postwachstum.net www.social-innovation.org www.oekosozialismus.net 	<ul style="list-style-type: none"> Veronika Benhold-Thomsen u.a., Das Substanzhandbuch, Wien (Promedia) 1999 Veronika Benhold-Thomsen, Geld oder Leben, München (oekom) 2010 Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaftens, Marburg (Metropolis) 2012

Quelle: blog.postwachstum.de/wp-content/uploads/2014/07/Schmelzer-Tabelle-deutsch.1.pdf

Diese Einordnung der feministischen Perspektive entspricht auf den ersten Blick dem Selbstverständnis und der internen Organisation der Degrowth-Gemeinschaft.¹ Seit der fünften internationalen Degrowth-Tagung 2016 gibt es hingegen die Feminisms and Degrowth Alliance (FaDA). Erklärtes Ziel der Gruppe ist, «den Dialog zwischen Feminist*innen und Degrowth-Befürworter*innen zu fördern, und feministische Argumentation zum integralen Bestandteil von Degrowth-Aktivismus und -Wissenschaft zu machen» (Abazeri et al. o.J.). Es geht der FaDA also nicht darum, die feministische als eine mögliche Perspektive der Degrowth-Bewegung zu etablieren. Vielmehr gibt es nach ihrem Verständnis keine Wachstumskritik ohne feministische Perspektive. Sie fokussiert dabei auf einen emanzipatorischen Arbeitsbegriff, auf «Care», sowie auf die Frage, wie das gute Leben für alle in einer Degrowth-Gesellschaft aussehen könnte und beruft sich dabei auf feministische Theoretikerinnen und Aktivistinnen, die sich schon seit Jahren mit ökonomischen und Degrowth-Thematiken befassen.²

DAS STRUKTURELLE VERGESSEN

Feministische Forscherinnen, Autorinnen und Theoretikerinnen waren in Degrowth-Diskussionen von Anfang an zentral. Dennoch werden sie in Darlegungen der Denktradition meist übergangen, wie Matthias Schmelzer und Andrea Vetter beobachten: «In Auflistungen der geistigen ‹Väter› der Postwachstumsdiskussionen wurden die ‹Mütter› auffallend häufig überhaupt nicht oder nur am Rande erwähnt, obwohl zahlreiche wachstumskritische Argumente u.a. der sozial-ökonomischen, der kapitalismuskritischen oder der Industrialismuskritik auf diese Denkerinnen zurückgehen.» (Schmelzer/Vetter 2019: 112f.) Auch Corinna Dengler beschreibt den Ausschluss der Tradition feministischer Wachstumskritik als systematisches Ausblenden: «Die parallel zur ökologischen Wachstumskritik verlaufende und in vielen Aspekten für Degrowth hoch relevante feministische Wirtschafts- und Wachstumskritik wird auch heute noch häufig strukturell ‹vergessen› und (wenn überhaupt) nur als Allianz, nicht aber als zentrales Fundament der eigenen Wachstumskritik gesehen.» (Dengler 2020: 4f.) Wie die FaDA-Aktivistinnen Corinna Dengler und Barbara Muraca beobachten, wird innerhalb der Degrowth-Bewegung erst langsam anerkannt, dass es schon vor deren Aufkommen feministische und ökologische Perspektiven auf Wirtschaft gab (Saave et al. 2019: 29).

DIE FEMINISTISCHEN MÜTTER

Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof sowie andere feministische Theoretikerinnen ab den 1970er-Jahren, zum Beispiel Silvia Federici oder Selma James, haben grundlegende Überlegungen über das Zusammenwirken von Kapitalakkumulation, Wirtschaftswachstum und deren Einhergehen mit der

fortlaufenden Schaffung von getrennten Lebenssphären respektive von «Kolonien des weissen Mannes» in der kapitalistisch organisierten Gesellschaft angestellt (Werlhof et al. 1988). Insbesondere der Bielefelder Subsistenzansatz, entwickelt von Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof, ist dahingehend wichtig. Er zeigt auf, wie Teile des Lebens systematisch exterritorialisiert, also ausserhalb der Wirtschaft verortet, und deren freie Verfügbarkeit für den kapitalistischen Produktionsprozess naturalisiert werden. Dies geschieht mit der Natur und Ländern des globalen Südens genauso wie mit Menschen und Tätigkeiten entlang von Hierarchien sozialer Differenz (insbesondere Geschlecht). Dadurch werden Frauen mit allem, was sie an Leben, Gütern und Leistungen hervorbringen, für den kapitalistischen Produktionsprozess zur un- oder unterbezahlten, dauerverfügbaren und ausbeutbaren Naturressource oder eben: zur Kolonie (ebd.). Obwohl ein grosser Teil dieser Tätigkeiten die Grundlage «der Wirtschaft» darstellt – denn alle Menschen müssen zuerst geboren, gepflegt, ernährt, grossgezogen werden und brauchen auch als Erwachsene saubere Kleidung und Nahrung, bevor sie in Büros, Fabriken und Unternehmen Gewinn erwirtschaften können – wurden und werden sie als nicht-ökonomisch oder ausserökonomisch abqualifiziert.

Diese Betrachtungsweise feministischer Ökonominnen deckt auf, wie die «Trennung und Dichotomisierungen – und die damit verbundenen Hierarchisierungen zwischen der produktiven und der «reproduktiven» Sphäre» (Biesecker/Hofmeister 2010: 70f) – das Fundament für Kapitalakkumulation und Wirtschaftswachstum bilden und damit auch den zunehmend stärker werdenden und schneller wiederkehrenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen zugrunde liegen (Fraser 2014). Die Wirkmächtigkeit der getrennten Lebensdimensionen «Wirtschaft» und deren nicht-ökonomisches «Äusseres», wie soziale Reproduktion, Natur und Gemeinwesen sowie der Bereich des Politischen, verdeckt, dass diese differenzierten Bereiche ineinander verflochten sind und ein Ganzes bilden (Bauhardt/Caglar 2010: 11). Wie die feministische Marxistin Silvia Federici betreffend «Commons» argumentiert, muss somit auch für die Degrowth-Bewegung gelten: Ihr sollte die Bemühung zugrunde liegen, «der stetigen Abwertung und Fragmentierung unseres Lebens ein Ende [zu] setzen» (Federici 2012: 148). Sprich, jenes wieder zusammenzuführen, was im Kapitalismus als getrenntes «Äusseres» erscheint. Dies gilt auch für all jene Arbeiten, die Menschen unbezahlt im Haushalt, in Familien, Gemeinschaften und Nachbarschaften erbringen und die, seit dem Einsetzen der Industrialisierung, ausserhalb «der Wirtschaft» situiert werden.

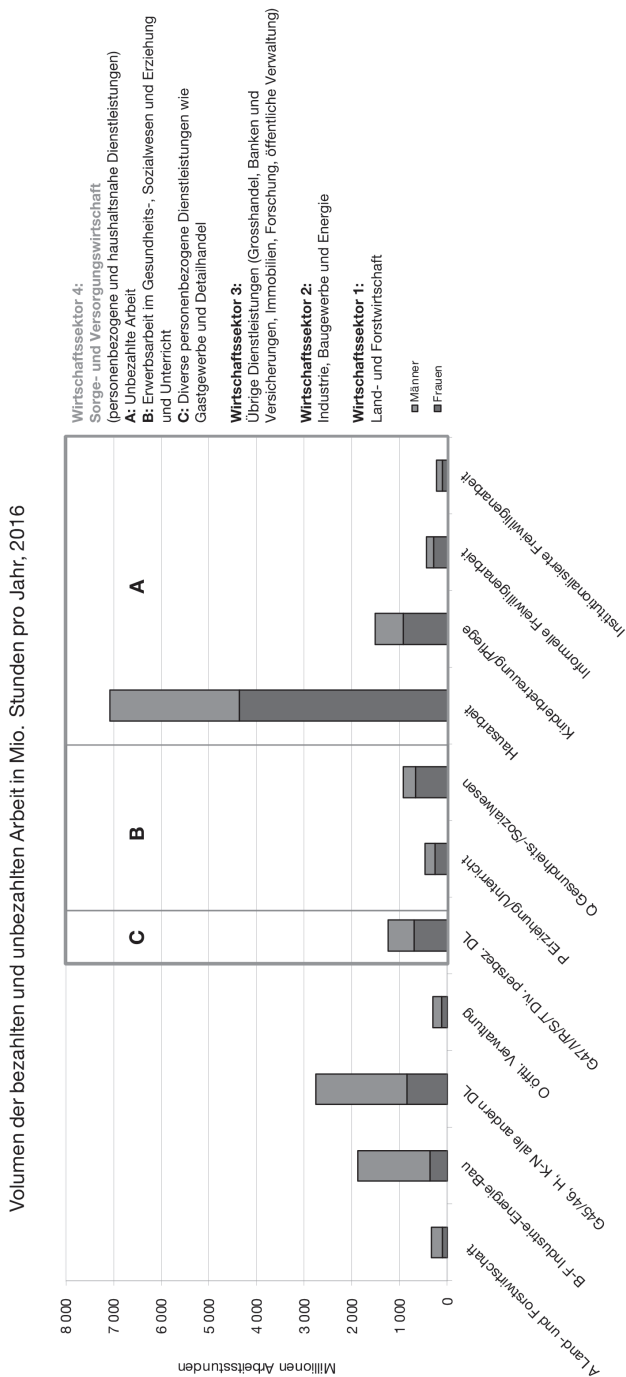
DER GRÖSSTE TEIL DER WIRTSCHAFT: SORGE- UND VERSORGUNGSARBEIT

Ein wesentlicher Teil der Arbeit, die zentral ist für die menschliche und gesellschaftliche Reproduktion sowie die Produktion von Lebensstandard, wird unbezahlt und bezahlt in der Sorge- und Versorgungswirtschaft geleistet.³ Dieser Wirtschaftssektor

beinhaltet personenbezogene und haushaltsnahe Dienstleistungen, wie die Gesundheitsversorgung, das Aufziehen von Kindern, die Betreuung von Angehörigen, aber auch die Lebensmittelversorgung und soziale Sicherheit (siehe Abb. 2: Wirtschaftssektor 4). Also ebenjene Tätigkeiten, welche gemeinhin nicht unter Wirtschaft eingeordnet werden. Um die Wirtschaft jedoch als Ganzes und die Dynamiken und Zusammenhänge zwischen den einzelnen Sektoren zu verstehen, ist es unumgänglich, die eigene ökonomische Logik wie auch die Dimensionen der Sorge- und Versorgungsarbeit zu begreifen. Die feministische Ökonomin Mascha Madörin hat massgeblich dazu beigetragen, diese Sorge- und Versorgungswirtschaft in ihrer spezifischen Charakteristik zu beschreiben und quantitativ zu erfassen. Kennzeichnend sei, «dass diese Leistungen nicht über einen anonymen Markt getauscht werden, sondern direkt für Menschen meist dort, wo sie wohnen und leben, erbracht werden» (Madörin 2021a: 77). Die dafür benötigte Zeit, die Gebundenheit an einen Ort sowie die «Zwischenmenschliche Beziehung sind Teil des Arbeitsprozesses und des wirtschaftlichen Austauschs» (Madörin 2010: 88). Weiteres wichtiges Charakteristikum ist ein «Verantwortlichkeits- und Abhängigkeitsverhältnis» und somit letztlich «ein Machtgefälle zwischen Dienstleistenden und Klient*innen» (ebd.). Die folgende Darstellung (siehe Abb. 2) von Mascha Madörin setzt die Sorge- und Versorgungsarbeit ins Verhältnis zum Rest der Wirtschaft und ist besonders hilfreich, um sich die Grössenordnungen vor Augen zu führen, mit denen wir es zu tun haben. Gesamthaft werden in der Schweiz rund 70 Prozent des Arbeitsvolumens – bezahlt und unbezahlt – in der Sorge- und Versorgungswirtschaft geleistet (Madörin 2019: 108). Dabei ist nur ein kleiner Teil dieses gigantischen Sektors, wie etwa der Detailhandel und die Gastronomie (in der Abbildung mit C beschriftet), marktwirtschaftlich organisiert. Während die Branchen der Gesundheitsversorgung, des Sozialwesens, der Kinderbetreuung und Bildung (B) in besonderem Masse auf öffentliche Finanzen angewiesen sind, wird der grösste Teil der Sorgearbeit unbezahlt in den Haushalten geleistet (A). Insbesondere für Frauen ist diese Perspektive zentral. Denn sie verbringen über 80 Prozent ihrer Arbeitszeit mit Tätigkeiten, die mit Sorge um und Versorgung von Menschen zu tun hat: im Detailhandel, in der Pflege, in der Kinderbetreuung, in den Schulen, in den sozialen Institutionen und in den Haushalten (ebd.).

Erst diese Betrachtungsweise erlaubt es entsprechend, die wirtschaftlichen Leistungen insbesondere von Frauen in ihrer Gesamtheit zu erfassen, Sorge- und Versorgungsarbeit als wesentlichen Beitrag zu einer Volkswirtschaft sichtbar zu machen und Fragen nach der Bedeutung und dem Wert von Arbeit und ihrer zukünftigen Finanzierung und Organisation zu stellen. Fragen, die auch in einer wachstumskritischen Bewegung ins Zentrum gehörten. Diese Beobachtungen finden zwar über feministische Vertreter*innen durchaus Eingang in die Degrowth-Bewegung, doch es besteht keine Einigkeit über die Bedeutung dieser Perspektive. Angelika Zahrt und Irmi Seidl anerkennen etwa, dass unbezahlte

Abbildung 2: Vierter Wirtschaftssektor – Zeitvolumen personenbezogener und haushaltsnaher Dienstleistungen



Quelle: Madörin 2019: 109f.; zusammengestellt von Mascha Madörin.

Arbeit spezifische Charakteristika hat, da «der Tauschakt mit Geld» fehlt und somit nicht der Markt als Koordinationsmechanismus dient (Seidl/Zahrnt2019: 17). Dieser Ansatz ist jedoch insofern ungenügend, als dass er sich dem Verständnis von Wirtschaft als massgeblich aus Sorge- und Versorgungsarbeit bestehend verschliesst: Dadurch werden auch den spezifischen wirtschaftlichen Dynamiken zwischen jener Erwerbsarbeit, die gemeinhin als «die Wirtschaft» verstanden wird, und der Sorge- und Versorgungsarbeit keine oder zu wenig Beachtung geschenkt.

FIKTIVES WIRTSCHAFTSWACHSTUM, ODER: WESHALB UNBEZAHLTE ARBEIT INS BIP GEHÖRT

Sobald Arbeit bezahlt wird, ist sie ein sichtbarer und messbarer Teil des Bruttoinlandprodukts (BIP). Ein Wachstum des BIP bedeutet daher nicht per se, dass etwas Neues mit Mehrwert geschaffen wird. Es kann auch schlicht daraus resultieren, dass Tätigkeitsbereiche von unbezahlt (ausserhalb der gemessenen Wirtschaftsleistung) nach bezahlt (innerhalb) verschoben werden. Dieses «Pseudo-Wachstum» ändert weder etwas an der ökonomischen Aktivität eines Landes noch unbedingt am Volumen der geleisteten Arbeit (Knobloch 2019: 19). Mit den gängigen Instrumenten der Wirtschaftsanalyse erfahren wir jedoch nichts über Ausmass und Grössenordnungen dieser Verschiebungen. Mit einer Aufnahme der unbezahlten Arbeit ins BIP könnten sie im Zeitablauf sichtbar gemacht und damit diskutiert und analysiert werden.¹ Wir halten diesen Schritt für essenziell in Bezug auf Fragen der geschlechtergerechten Organisation von Arbeit innerhalb einer Gesellschaft. Und nicht zuletzt auch für eine wachstumskritische Perspektive: Denn nicht jedes Wirtschaftswachstum schadet und nicht jedes Degrowth-Szenario ist wünschenswert. Im Gegenteil. Wenn etwa infolge von Wirtschaftskrisen das Wachstum gemessen am BIP stagniert oder einbricht, führen die daraus abgeleitete Austeritätspolitik und die damit einhergehende Reduktion öffentlicher Budgets zur Substitution von bezahlter durch unbezahlte Arbeit: «What has become clear from studies of structural adjustment and financial crisis is that when reduced purchasing power at household level forces a decline in consumption goods obtained in the market, and when public services are reduced due to public expenditure cuts, unpaid work and caring tend to provide, to some extent, substitutes for these goods and services, thereby limiting the loss in wellbeing at the households level [...] This means that when employment and income go down, unpaid work goes up and so does the consumption of goods and services produced with unpaid work.» (van Staveren 2010: 11) Der Ausbau von öffentlich finanzierten Bereichen wie etwa Bildung, Gesundheitswesen, Soziale Arbeit und Kinderbetreuung hingegen, bedeutet mehr Jobs, die zentral zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen und (im Vergleich zu ganz vielen anderen Jobs) die Zerstörung der ökologischen Ressourcen nicht vorantrei-

ben. Ein wünschenswertes Wachstum also – vorausgesetzt, es werden die nötigen Ressourcen für anständige Löhne und genügend Personal zu Verfügung gestellt. Denn Beschäftigung im Bereich der Sorge- und Versorgungsarbeit sichert uns eine nachhaltige Zukunft.

EIGENE WACHSTUMSLOGIK DER SORGE- UND VERSORGUNGSARBEIT

Vor allem in der industriellen Güterproduktion können unter anderem mit technologischen Innovationen Arbeitsprozesse rationalisiert werden, wodurch zu tieferen Kosten mehr Güter produziert werden. Anders verhält es sich in der «Produktion» und im «Konsum» personenbezogener Dienstleistungen, also der bezahlten Sorge- und Versorgungsarbeit, wie es uns feministische Ökonominen wie Mascha Madörin oder Susan Donath lehren: Das Wachstum durch Produktivitätssteigerung, also zum Beispiel, dass immer mehr Kinder von immer weniger Betreuungspersonal betreut werden, ist sehr beschränkt. Es besteht eine eindeutige Grenze für die Anzahl von Kindern, die eine Person betreuen kann. Wird diese Grenze überschritten, sind vernachlässigte Kinder die Folge und nicht Produktivitätssteigerung (Donath 2014). Wachstum im Sorge- und Versorgungssektor bedeutet folglich in erster Linie, dass mehr Stunden gearbeitet werden. Sorgearbeit ist und bleibt zeit- und damit arbeits- und kostenintensiv (Madörin 2011). Sie wirft andere ökonomische Fragen auf als etwa die industrielle Produktion oder der Bereich der Finanzdienstleistungen. Kapitalistische Akkumulation findet vorwiegend in den Wirtschaftssektoren 2 und 3 statt (siehe Abb. 2). Wie verändert sich also die Dynamik gesamtwirtschaftlich, wenn sich das Verhältnis zwischen sogenannten wertschöpfungsstarken und arbeitsintensiven Sektoren und Branchen verändert? Statt hier wirtschaftstheoretisch und -politisch anzusetzen, werden, etwa durch Ansätze wie dem New Public Management, Zeit und Geld für die Sorge- und Versorgungsarbeit und damit für die Frauen – im verzweifelten Versuch, Profite zu steigern und Kosten zu senken – immer weiter verknappt, indem Personal gespart und auf die Löhne gedrückt wird.

ZUKUNFTSFÄHIGES WIRTSCHAFTEN ALS FRAGE DER ZEIT UND DES GELDES

Für eine gute Gesundheitsversorgung, das Aufziehen von Kindern, Bildung, soziale Sicherheit – also schlicht für einen wesentlichen Teil unseres Lebensstandards – ist es entscheidend, ob und wie viel Zeit für Sorge- und Versorgungsarbeit zur Verfügung steht. Denn dabei handelt es sich um gesellschaftlich notwendige Arbeit, die gemacht werden muss und sich, wie bereits ausgeführt, wenn überhaupt, nur sehr beschränkt produktiver gestalten lässt. Das gilt für bezahlte Sorge- und Versorgungsarbeit genauso wie für die unbezahlte Arbeit. Seit den 1970er-Jahren wurde die Beschäftigung im bezahlten Sorge- und Versorgungssektor massiv aus-

geweitet. Gegenwärtig erleben wir aber auch die Verlagerung von bisher bezahlten Sorge- und Versorgungsarbeiten zurück in die Haushalte. Etwa wenn Menschen nach Operationen frühzeitig entlassen oder Betreuungs- und Bildungseinrichtungen im Zuge von Lockdowns geschlossen werden. Gleichzeitig steigt der gesellschaftliche und ökonomische Druck auf Frauen, ihre Erwerbsarbeitszeit laufend zu erhöhen, und just in jenen Bereichen, in denen vor allem Frauen bezahlt tätig sind, wird Geld und Zeit ständig verknappt. Frauen verdienen nicht weniger, weil sie weniger arbeiten, sondern weil sie sehr viel mehr unter- und unbezahlt arbeiten als Männer. Gleichzeitig leiden sie unter ständiger Zeitnot. Denn nach wie vor wird so getan, als sei unbezahlte Arbeit – sowie natürliche Lebensgrundlagen allgemein – eine unbegrenzt frei zur Verfügung stehende Ressource. Es geht also um Fragen der Verteilung von Zeit und Geld (und damit auch Macht) zwischen den Geschlechtern einerseits und gesamtgesellschaftlich andererseits.

Eine Reihe feministischer Theoretikerinnen und Aktivistinnen schlagen die «Commonisierung» von Sorgearbeit vor. Die Idee der «Commons» ist als «Vergesellschaftung von Gemeingütern» zu verstehen (laut Abb. 1) und ist in der Schnittmenge zwischen dem sogenannt radikaleren und dem feministischen Strang der Degrowth-Bewegung zu verorten. Über die «Vergesellschaftung» sollen Ressourcen wie Boden, Wasser, Fischgründe oder Energiequellen der Marktlogik und damit dem Wachstumszwang entzogen und deren Nutzung gemeinschaftlich organisiert werden. Laut Federici (2020), einer feministischen Vertreterin der Commons-Idee, soll dabei nichts weniger als «das Haus als Zentrum des kollektiven Lebens zurückerobert» werden. «Degrowth und die Commonisierung von Care» hätten das Potenzial, in eine geschlechtergerechte(re) Zukunft zu weisen, argumentieren Corinna Dengler und Mirjam Lang (2019: 317). Die gemeinschaftliche Organisation biete die Möglichkeit, Sorgearbeit auf alle Mitglieder der Gesellschaft zu verteilen, und schaffe einen Rahmen für gesellschaftliche Anerkennung von Sorgearbeit abseits ihrer monetären Bewertung (ebd.: 318f). Die Sorgearbeit und andere Gemeingüter sollen also der kapitalistischen Verwertungslogik entzogen und als Grundlage einer neuen, anti- respektive nicht-kapitalistischen Produktionsweise gemeinsam nach den Bedürfnissen der Menschen möglichst wohnortnah organisiert werden. Statt weniger, sollen alle Menschen mehr unbezahlt arbeiten: eine Ausweitung der geldlosen Ökonomie.²


In eine andere Richtung weisen die Überlegungen von Mary Mellor.³ Sie befasst sich umfangreich mit dem Fragenkomplex Geld, Wirtschaft und «Social Provisioning».⁴ Das Bild der Commons wird auch von ihr aufgegriffen, allerdings mit einem spezifischen Fokus: Geld soll als Gemeingut reklamiert und demokratisiert werden. Es sei eine demokratische Geldsteuerung der Wirtschaft denkbar, in der Geld für öffentliche und soziale Angelegenheiten wie Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit oder eben auch den ökologischen Umbau eingesetzt und in Form von «public money» der Marktlogik entzogen werden könne (Mellor 2016). In eine

ähnliche Richtung zielt Pavlina Tcherneva mit dem «National Care Act», in dem die Finanzierung von «Care für die Umwelt», «Care für die Menschen» und «Care für die Community» verankert werden soll (vgl. dazu Madörin 2021b). Konkret sollen diese Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft mittels einer zentral finanzierten «Job Guarantee» – mit festgelegtem Mindestlohn – massiv ausgebaut werden. Die Arbeit zur Bewältigung der sich abzeichnenden ökologischen Herausforderungen könne Millionen von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst schaffen. Das Gleiche gelte für bestehende Lücken in der Pflege und Betreuung von Menschen und deren Versorgung mit gesunden Lebensmitteln, Gesundheitsdienstleistungen und Bildungsangeboten. Die bestehenden Bedarfslücken sollen durch die «Job Guarantee» geschlossen werden mit dem Effekt, Familien zeitlich und finanziell zu entlasten und gleichzeitig wohnortnah sinnvolle Beschäftigungen mit garantierbarem Einkommen zu schaffen. Unter «Care für die Community» versteht Tcherneva (2018: 17f.) die Selbstorganisation der Menschen innerhalb von Gemeinden und/oder Gemeinschaften zur Wiederherstellung öffentlicher Räume, Einrichtung von Schulgärten und Co-Working-Spaces etc. Tcherneva betont, dass alle diese Jobs zwar zentral finanziert werden sollen, die Initiative und Umsetzung hingegen «von unten» organisiert werden müsse (ebd.: 12f.). Gleichzeitig macht sie darauf aufmerksam, dass es parallel dazu (weiterhin) landesweite vom Staat direkt finanzierte und organisierte Infrastruktur braucht (Tcherneva 2020: 98f.). Die Women's Budget Group (WBG) aus Grossbritannien hat unter dem Titel «Creating a Caring Economy» ein Programm ausgearbeitet, das die Themen Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und das «Wellbeing» gleichwertig gewichtet und ins Zentrum einer neuen Wirtschaftsordnung rückt. Auch die WBG betont die Bedeutung des geld- und fiskalpolitischen Rahmens für die Schaffung dieser «Caring Economy» und fordert darüber hinaus die Neugestaltung des Steuersystems. Die damit freiwerdenden Gelder sollen in nachhaltige und adäquat finanzierte öffentliche Dienstleistungen beispielsweise im Bereich der Pflege und Betreuung oder in eine umweltfreundliche Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, aber auch in Massnahmen gegen Gewalt an Frauen investiert werden. Grundlegend sei, «das neu zu denken, was wir unter <der Wirtschaft> verstehen». Eine «Caring Economy» bedeute, gemeinsam zu handeln, um das Wohlbefinden der Menschen zu verbessern und nicht, das Wirtschaftswachstum weiter zu maximieren (WBG 2020).

ZUKUNFTSFÄHIGES WIRTSCHAFTEN MIT FEMINISTISCHER PERSPEKTIVE

Unabhängig davon, welche Vorschläge und Debatten wir favorisieren, werfen sie Fragen auf, die für alle relevant sein sollten: Was macht unser Leben lebenswert? Welche Tätigkeiten schaffen Wohlstand und Lebensstandard? Welche Jobs schaffen Zusammenhalt und sichern uns eine Zukunft? Auf welche Arbeiten sind wir als Gesellschaft im Ganzen und als einzelne Menschen angewiesen? Wie soll Sorge- und Versorgungsarbeit zukünftig organisiert und finanziert werden und

Hand in Hand gehen mit einem ökologischen Umbau der Wirtschaft? Wie sieht eine Gesellschaft aus, in der die Frauen und ihre Arbeit tatsächlich zählen? Wir sind der Meinung, dass es reichhaltige feministische Überlegungen gibt, an denen sich die Degrowth-Bewegung und andere orientieren sollten. Allein das Volumen der Sorge- und Versorgungsarbeit ist Grund genug, sie in zukunftsgerichtete wirtschaftstheoretische und -politische Überlegungen zu integrieren. Ohne Blick auf unbezahlte und bezahlte Sorge- und Versorgungsarbeit und ihre geschlechtsspezifische Verteilung bleiben ökonomische Analysen verkürzt und wesentliche Fragen unbeantwortet – gerade in Bezug auf Nachhaltigkeit, Wohlstand, Lebensstandard und nicht zuletzt auch Geschlechtergerechtigkeit.

Dieser Text entstand im Rahmen des Projekts «Wenn Frauen zählen» von Economiefeministe und soll als Diskussionsbeitrag verstanden werden. 

ANMERKUNGEN

- 1 Insbesondere versammelt online via Blog www.degrowth.info/en/
- 2 <https://www.degrowth.info/en/fada>
- 3 Wir meinen damit alle Tätigkeiten, die unbezahlt und bezahlt direkt der Sorge oder indirekt der Versorgung von Menschen dienen.
- 4 Feministische Theoretikerinnen wie Ulrike Knobloch, Silke Chorus oder Marilyn Waring machen seit Längerem auf diese verkürzte, unvollständige und vor allem auch geschlechterblinde Betrachtung von ökonomischen Analysen aufmerksam; vgl. Chorus 2012; Knobloch 2021; Waring 1988.
- 5 Dabei werden als Voraussetzung häufig auch Arbeitszeitverkürzung und/oder ein bedingungsloses Grundeinkommen als Massnahmen genannt, um Zeit und Geld gesellschaftlich neu zu verteilen und Raum und Zeit für Arbeit innerhalb gemeinschaftlich organisierter Commons zu schaffen.
- 6 Wichtige Beiträge zur Rezeption und (Weiter-)Entwicklung einer feministischen Geldtheorie und zur Frage der zukünftigen Finanzierung von Arbeit, insbesondere Sorge- und Versorgungsarbeit leisten Käthe Knittler und Mascha Madörin; vgl. Knittler 2017; Madörin 2019.
- 7 Es gibt keine eindeutige deutsche Übersetzung für den Begriff «Social Provisioning». Er umfasst soziale Dienstleistungen und Reproduktion, also in etwa das, was wir als Sorge- und Versorgungswirtschaft bezeichnen.

LITERATUR

- Abazeri, M./Dengler, C./Houtbeckers, E./Kjellberg, S./Skarðhamar Olsen, E./Saave, A./Wiese, K. (o.J.): Feminism(s) and Degrowth Alliance (FaDA), <https://www.degrowth.info/en/fada>
- Bauhardt, C./Caglar, G. (2010): Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie, Wiesbaden, S. 7–17.
- Biesecker, A./Hofmeister, S. (2010): Im Fokus: Das (Re)Produktive, in: Bauhardt, C./Caglar, G. (Hrsg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie, Wiesbaden, S. 51–80.
- Chorus, S. (2012): Care-Ökonomie im Postfordismus, Münster.
- Dengler, C. (2020): Feminist Futures: Was Degrowth von feministischer Wissenschafts- Wirtschafts- und Wachstumskritik lernt, kumulative Dissertation, Universität Vechta, www.researchgate.net/profile/Corinna-Dengler/publication/344014955_Feminist_Futures_Was

- Degrowth_von_feministischer_Wissenschafts-_Wirtschafts-_und_Wachstumskritik_lernt/links/5f4e05bea6fdcc14c504c037/Feminist-Futures-Was-Degrowth-von-feministischer-Wissenschafts-Wirtschafts-und-Wachstumskritik-lernt.pdf
- Dengler, C./Lang, M. (2019): Feminism Meets Degrowth. Sorgearbeit in einer Postwachstumsgesellschaft, in: Knobloch, U. (Hrsg.): Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum, Weinheim/Basel, S. 305–330.
- Donath, S. (2014): Die andere Wirtschaft. Vorschlag für eine eigenständige feministische Ökonomie, in: Denknetz-Jahrbuch 2014, Zürich, S. 167–177.
- Federici, S. (2012). Feminism and the Politics of the Common in an Era of Primitive Accumulation, in: dies. (Hrsg.): Revolution At Point Zero, Brooklyn, S. 138–148.
- Federici, S. (2020): Feminism and the Politics of the Commons, 15.4.2020, www.bakonline.org/prospections/sylvia-federici-feminism-and-the-politics-of-the-commons/
- Fraser, N. (2014): Behind Marx's Hidden Abode. For an Expanded Conception of Capitalism, in: New Left Review 86, S. 55–72.
- Knittler, K. (2017): Überlegungen zu einer feministischen Geldtheorie. Wer hat das Geld – wer hat die Arbeit, in: Kurswechsel, H. 1, S. 6–18.
- Knobloch, U. (2019): Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum, Weinheim/Basel, S. 11–40.
- Knobloch, U. (2021): Zukunftsfähiges Versorgen oder vom Privileg, sich nicht um Hausarbeit kümmern zu müssen, in: Makronom, 8.2.2021, <https://makronom.de/zukunftsfahiges-versorgen-oder-vom-privileg-sich-nicht-um-hausarbeit-kuemmern-zu-muessen-38281>
- Madörin, M. (2010): Care-Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften, in: Bauhardt, C./Caglar, G. (Hrsg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie, Wiesbaden, S. 81–104.
- Madörin, M. (2011): Das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten. Eine feministische Sicht, in: Denknetz-Jahrbuch 2011, Zürich, S. 56–70.
- Madörin, M. (2019): Zählen, was zählt. Sorge- und Versorgungsarbeit als Teil der Gesamtwirtschaft, in: Knobloch, U. (Hrsg.): Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien in deutschsprachigen Raum, Weinheim/Basel, S. 111–117.
- Madörin, M. (2021a). Megatrends: Care-Arbeit und die Soziale Frage, in: Brandstetter, J. et al. (Hrsg.): Soziale Frage(n) der Zukunft, Berlin, 67–85.
- Madörin, M. (2021b). Vieles bleibt zu klären, in: Widerspruch 77, S. 71–75.
- Mellor, M. (2016): Debt or democracy. Public money for sustainability and social justice, London/New York.
- Saave, A./Dengler, C./Muraca, B. (2019): Feminisms and Degrowth. Alliance or Foundational Relation, in: Global Dialogue 9, <https://globaldialogue.isa-sociology.org/feminisms-and-degrowth-alliance-or-foundational-relation/>
- Schmelzer, M. (2014): Gutes Leben statt Wachstum: Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz – eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung, Blogbeitrag Juli 2014, www.postwachstum.de/gutes-leben-statt-wachstum-degrowth-klimagerechtigkeit-subsistenz-eine-einfuehrung-in-die-begriffe-und-ansatze-der-postwachstumsbewegung-20140718
- Schmelzer, M./Vetter, A. (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung, Hamburg.
- Seidl, I./Zahrnt, A. (2019). Erwerbsarbeit, Tätigsein und Postwachstum, in: dies. (Hrsg.): Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft, Marburg, S. 9–24.
- Tcherneva, P. (2018): The Job Guarantee: Desing, Jobs, and Implementation, hrsg. vom Levy Economic Institute, Working Paper No. 902, New York.
- Tcherneva, P. (2020): The Case for a Job Guarantee, Cambridge/Medford.

- van Staveren, I. (2010): Feminist Economics. Setting out the Parameters, in: Bauhardt, C./Caglar, G. (Hrsg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie, Wiesbaden, S.18–48.
- Waring, M. (1988): If Women Counted: A New Feminist Economics, London.
- Werlhof, C. von/Mies, M./Bennholdt-Thomsen, V. (1988): Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit, Reinbek bei Hamburg.